

**Unvollendete
Metropole**

**Städtebau-
Manifest
für Berlin-
Brandenburg**

Berlin-Brandenburg, 2020/2021
unvollendete-metropole.de

Vorbemerkung

100 Jahre Groß-Berlin ist ein Anlass, zurück zu blicken. Die Metropole von heute ist das Ergebnis des Handelns mehrerer Generationen vor allem seit den 1880er Jahren. Sie verfügt über ein reiches Erbe und ist durch harte Brüche geprägt, mit den Folgen von Zerstörung und Aufbau, mit einzigartigen und oft faszinierenden Orten, mit Chancen und Problemen. 100 Jahre Groß-Berlin ist ebenso ein Anlass, nach vorne zu blicken. Auch und gerade in Zeiten einer Pandemie. Unsere Metropole muss sich mit all ihren Potenzialen heute den großen Herausforderungen der Zukunft stellen: Klimafrage, Schonung der Ressourcen, Kreislaufwirtschaft, sozialer Zusammenhalt, Digitalisierung, Ernährungswende, Zentrenvielfalt, Verkehrswende, Länderkooperation, politische Verfasstheit, verräumt in einem resilienten und schönen Städtebau. Der Paradigmenwechsel in Richtung nachhaltige, bestandsorientierte Stadtentwicklung und Städtebau muss neuen Schwung erhalten. Wie er – als Antwort auf Wachstums- wie Schrumpfungsprozesse – gestaltet werden kann, muss breit diskutiert werden.

Dieses Manifest verarbeitet die Erfahrungen des durch den Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg (AIV) und Partnern realisierten Projekts „Unvollendete Metropole“: Ausstellung 100 Jahre Städtebau für Groß-Berlin, Blick nach Europa, Ergebnisse des Internationalen Städtebaulichen Ideenwettbewerbs Berlin-Brandenburg 2070, Metropolengespräche, BB 2070 – Magazin für Städtebau und urbanes Leben.

Der Begriff Städtebau meint hier nicht nur den konkreten Bau der Metropole, sondern auch die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, unter denen dieser Bau sich vollzieht, die Akteure, also die Planer, Bauherren und Kontrahenten, die den Bau beeinflussen, schließlich die Wirkungen und Botschaften des Gebauten. Bauen betrifft nicht nur Gebäude, sondern auch die Anlage von öffentlichen Räumen, kurz die baukulturelle Gestaltung unserer räumlichen Umwelt. Städtebau umfasst damit die Produktionsverhältnisse, die Produktion und das Produkt Stadt – mit diesem als zentralen Fokus.

Das Manifest versteht sich als Beitrag für die notwendige Diskussion um die städtebauliche Zukunft von Berlin und Brandenburg. Es richtet sich in erster Linie an Vertreter der Politik, die für Weichenstellungen zuständig und verantwortlich sind, aber auch an Vertreter der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Es ist insofern Medium und inhaltliche Stellungnahme zugleich.

Städtebauliches Programm

1 Den Siedlungsstern zum Strahlen bringen!

Ausgangslage: Die Stadtregion Berlin hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr in Ringen, sondern radial entlang der Eisenbahnlinien und Ausfallstraßen entwickelt – in Form eines Siedlungssterns. Die Spaltung der Stadt trug entscheidend dazu bei, dass der Siedlungsstern seit den 1960er Jahren trotz der starken Zunahme des Automobilverkehrs seine klaren Konturen durch Zersiedelung nicht verloren hat.

Perspektive: Es gibt ein gemeinsames Projekt in Berlin und Brandenburg für eine nachhaltig wachsende Metropole: das Leitbild des Siedlungssterns. Es regt an, die künftige bauliche Entwicklung auf die Strahlen des Siedlungssterns zu konzentrieren und die Freiräume dazwischen vor Zersiedelung zu schützen. Dieses Leitbild muss weitaus stärker bekannt gemacht werden, breitere Akzeptanz finden und aktiv umgesetzt werden. Die Abgrenzung von Stadt und Landschaft sowie die städtebauliche Umsetzung des landesplanerischen Leitbilds muss geklärt werden. Hier bedarf es institutioneller wie prozessualer Anstrengungen und wirksamer Instrumente – etwa kommunale Planungen (auch Flächennutzungspläne) mit entsprechenden Festlegungen, die die Urbanisierung der Gemeinden im Siedlungsstern und die Landschaftspflege und -wiedergewinnung in den Zwischenräumen unterstützen.

2 Zentren aller Art stärken und ausbauen!

Ausgangslage: Berlin bietet – gerade weil die Stadt erst 1920 zu einer Einheitsgemeinde zusammengefasst wurde – einen einzigartigen Reichtum von Zentren unterschiedlicher Größe und unterschiedlicher Form, die sich gleichwohl nach der Schaffung der Einheitsgemeinde unterschiedlich entwickelt haben. Auch Brandenburg umfasst eine Vielfalt großartiger Zentren. Auf der anderen Seite zeigt die Corona-Pandemie, wie gefährdet die Zentren sind.

Perspektive: Der Reichtum an Zentren ist ein unschätzbare Vorteil für eine nachhaltige Metropole. Auf der anderen Seite sind gerade die Zentren einem Strukturwandel ausgesetzt, etwa des Einzelhandels, der Büronutzung, des Wohnens. Die Gestaltung der großen Hauptzentren – die Berliner historische Mitte, die City West und die Potsdamer Mitte – bedarf vor diesem Hintergrund weiterer gesellschaftlicher Debatten und gestalterischer Anstrengungen. Für die Pflege und den Ausbau der einzigartigen Zentrenlandschaft soll ergänzend zum STEP Zentren für Berlin ein länderübergreifendes Zentrenprogramm entwickelt und umgesetzt werden, das Umnutzungen erleichtert, Fehlentwicklungen erschwert und vorhandene Praktiken wie „Aktive Stadtzentren“ ausbaut.

3 Sozial und funktional vielfältige Wohnviertel erhalten und schaffen!

Ausgangslage: In den letzten 150 Jahren hat die Metropole in unterschiedlichen Teilräumen unterschiedliche Formen des Wohnungsbaus erfahren, mit unterschiedlichsten Ergebnissen, die im Laufe der Zeit unterschiedlich geschätzt wurden: dicht bebaute Quartiere und aufgelockerte Siedlungen und vieles dazwischen. Die Siedlungen der Moderne in Berlin und Brandenburg verbanden städtebauliche Qualität mit kostengünstigem Wohnraum, aber auch der privatwirtschaftliche Städtebau hat bis heute vorbildliche Quartiere hervorgebracht, die Beispiel sein können für neue Entwicklungen. Wohnen ist ein besonderes Gut, es bedarf der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Perspektive: Die größten Herausforderungen sind: den Wohnungsbestand energetisch zu sanieren und behutsam in die Zukunft zu führen, neuen bezahlbaren Wohnraum in hoher baulicher wie städtebaulicher Qualität, Vielfalt und Mischung an sinnvollen Standorten durchzusetzen und eine Zersiedelung zu verhindern. Das heißt auch: Bestehendes stärken, verdichten und neue Entwicklungen kleinräumig auf

Brachflächen und großräumig auf den Siedlungsstern konzentrieren. Eine Besonderheit ist weiterhin – vor allem in Brandenburg – die Umwandlung von Militärstandorten zu Wohnquartieren.

4 Den öffentlichen Schienenverkehr vermehren!

Ausgangslage: Berlin gehört zu den Metropolen der Welt, die seit 150 Jahren hervorragend durch den schienengebundenen Verkehr in die Vorstädte und späteren Randbezirke sowie weit über die Grenzen von Groß-Berlin hinaus in die Städte und Gemeinden des Umlandes erschlossen sind. Zur querenden Stadtbahn und den radialen Bahnlinien kamen sehr früh die Ringbahn und nach der Spaltung der Stadt der äußere Eisenbahnring.

Perspektive: Netz und Frequenz der U-Bahnen, S-Bahnen und Regionalbahnen sind schon heute am Limit, der Ausbau des Straßenbahnnetzes kommt nur langsam voran. Noch vorhandene Kapazitätsreserven müssen ausgenutzt werden. Die wachsende Metropole erfordert deutlich mehr Schienenverkehr: S- und Regionalbahn-, Straßenbahn- und U-Bahnverkehr auch über die Stadtgrenzen Berlins hinaus, sachgerecht differenziert. Dazu gehören leistungsfähige und gut gestaltete Verkehrshubs, die ein bequemes Umsteigen auf andere Verkehrsträger ermöglichen. Weiter sollen die Vernetzungspotenziale des äußeren Eisenbahnringes im Einklang mit dem Leitbild des Siedlungssterns genutzt, sowie Nutzen und Machbarkeit eines zusätzlichen, weiter entfernten Eisenbahnringes geprüft werden. Für eine neue Mobilitätskultur ist eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern, der Bahn, dem VBB, dem Kommunalen Nachbarschaftsforum, Wissenschaft und Wirtschaft nach Münchner Vorbild erforderlich. Der Schienenverkehr muss städtebaulicher Entwicklung vorausgehen, nicht nur auf sie reagieren.

5 Hauptstraßen und Hauptplätze urban gestalten!

Ausgangslage: Die Stadtregion Berlin wurde zunächst durch große urbane Ausfallstraßen geprägt, die durch bedeutende Stadtplätze, aber auch durch angrenzende Dörfer und Siedlungen sowie markante Projekte ihr spezifisches Profil erhielten. Seit den späten

1920er Jahren wurde Berlin ein Experimentierfeld der autogerechten Stadt. Ihr Erbe ist nicht nur ein fragmentiertes Autobahnnetz, sondern auch Hauptstraßen und Hauptplätze, die vor allem dem fließenden und ruhenden Autoverkehr dienen.

Perspektive: Die überkommene, für den Autoverkehr ausgebaute Metropole muss mit Blick auf die notwendige Verkehrswende und den Klimawandel mit aller Kraft umgebaut werden. Heute sind es wiederum die Hauptstraßen und Hauptplätze, auf denen sich der Erfolg einer Verkehrswende entscheiden wird. Erreicht werden muss, dass mehr Straßenbahnen oder Elektrobusse, mehr Fahrradfahrer, mehr Fußgänger und weniger Autoverkehr verträglich, fair und für alle angenehm in grün geprägten öffentlichen Räumen koexistieren können.

6 Grün- und Freiräume sichern, pflegen und vermehren!

Ausgangslage: Die Stadtregion Berlin ist reich an vielgestaltigen Freiräumen der märkischen Landschaft: grüne Plätze und Straßen, Parks, Kleingärten und Friedhöfe, aber auch Flussläufe und Seen bis hin zu Wäldern und Kulturlandschaften, wenngleich manches davon beim autogerechten Ausbau verloren ging. Berlin und Brandenburg sind zudem stolz auf ihr grünes Weltkulturerbe und auf die Tradition einer vorbildlichen Gartendempfleger.

Perspektive: Die Pflege und Entwicklung von Stadtgrün und Naturlandschaften ist finanziell und personell auf eine adäquate Grundlage zu stellen, um die gestiegenen Erwartungen und Anforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel erfüllen zu können. In der Innenstadt müssen Straßen und Plätze wieder grüner und gleichzeitig in ihrer Gestaltung den steigenden Nutzerwünschen gerecht werden. In der Stadtregion müssen die Regionalparks, ein zentrales Element des Leitbildes des Siedlungssterns, auch institutionell gestärkt werden. Sie können die regionale Identität, Erholung, Freizeit und Naturerleben fördern. Zudem sollen nachhaltige regionale Lebensmittelläufe gestützt und erweitert werden. Die Gartendenkmalpflege muss auf ihrem hohen Niveau fortgeführt werden.

7 Reines Wasser einschenken!

Ausgangslage: Spree, Havel, zahlreiche Kanäle und Seen prägen Berlin und Brandenburg. Sie haben vielfältige Funktionen als Transportwege, zur Entwässerung, für die Freizeitnutzung und als klimatischer Ausgleichsraum. Vor allem aber bezieht Berlin sein Trinkwasser aus Brunnen entlang der Gewässer. Wasser prägt die grüne Landschaft, doch der urbane Raum öffnet sich nur an wenigen Stellen zu den Gewässern.

Perspektive: Die Sicherung der Wasserversorgung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe in der gesamten Hauptstadtregion, da sich mit der Klimakrise der Wassermangel verschärft – bei steigendem Bedarf der wachsenden Bevölkerung. Notwendig sind stärkerer Schutz und Bewirtschaftung der Wasservorräte, mehr öffentlicher Zugang zu den Gewässern, eine verantwortungsvolle Freizeitnutzung sowie städtebauliche Integration der Gewässer in den Stadt- und Landschaftsraum. Insbesondere müssen die Akteure der Wasserwirtschaft in Berlin und Brandenburg ihre Zusammenarbeit untereinander und mit anderen Akteuren der Baukultur und der Regionalentwicklung intensivieren.

8 Neue Großprojekte sorgfältig mit der vorhandenen Stadt vernetzen!

Ausgangslage: Großanlagen der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere Flughäfen und Bahnhöfe, aber auch Anlagen der Industrie und des Militärs haben Groß-Berlin gezeichnet. Sie verteilten die Gewichte, die Lasten und den Nutzen der Metropole, sie folgten ihrer eigenen Standortoptimierung. Durch eine Neuorganisation der Flughäfen und großen Bahnhöfe nach der Wiedervereinigung, aber auch durch großräumige Standortinitiativen wie auf dem EUREF-Campus, in Johannisthal/Adlershof, in Potsdam, in Ludwigsfelde und vielen weiteren Brandenburger Kommunen werden die Kräfte in der Region neu verteilt.

Perspektive: Diese dynamische Entwicklung geht weiter – mit Großprojekten am Südkreuz, in Siemensstadt, auf dem ehemaligen Flughafen Tegel, in Grünheide usw. Eine Besonderheit sind weiterhin die riesigen Militärflächen im Berliner Umland, die seit dem vollzogenen Abzug der russischen Streitkräfte

1994 schrittweise anderen Zwecken zugeführt werden und noch große Potenziale bieten. Die Einordnung und städtebauliche Vernetzung all dieser Projekte erfordern eine länderübergreifende Zusammenarbeit. Alle neuen Orte müssen – anknüpfend an ihre Geschichte – eine eigene, besondere Form und Nutzungsmischung erhalten, die mithelfen kann, Identität zu stiften.

9 Den kommunalwirtschaftlichen Städtebau neu konzipieren!

Ausgangslage: Berlin und Brandenburg haben einzigartige historische Erfahrungen mit den drei großen Typen des wirtschaftlichen Städtebaus: mit dem privatwirtschaftlichen (etwa in der Kaiserzeit), mit dem kommunalwirtschaftlichen (etwa in der Weimarer Republik) und mit dem staatswirtschaftlichen Städtebau (etwa in der NS-Diktatur und der DDR). Hier ging es nicht nur darum, wer den Städtebau leitet – der Zentralstaat, die Kommune oder die Privatwirtschaft, sondern auch, was geleitet bzw. selbst betrieben werden soll: öffentlicher Raum, öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, Wasser- und Abwasser-versorgung, Müllabfuhr, Nahrungsmittelproduktion, Hygiene, Wohnungswesen.

Perspektive: Heute könnte der kommunalwirtschaftliche Städtebau der Weimarer Republik ein Vorbild sein – nicht in seiner konkreten Ausprägung, sondern als Konzept, das einer zeitgemäßen Interpretation bedarf. Eine nachhaltige Metropole braucht eine strategische, langfristig orientierte Politik, eine leistungsfähige Verwaltung und einen verantwortungsvollen Zugriff – sei es durch Regeln, Kooperation oder eigene Unternehmen – auf immer wieder neu auszuhandelnde Bereiche der Daseinsvorsorge. Ziel ist eine neue Form der stabilen Zusammenarbeit von starker Kommune und respektierter privater Wirtschaft!

10 Die Hauptstadtrolle ernst nehmen!

Ausgangslage: Der Gesamtstaat hat in der Stadt deutliche Spuren hinterlassen: vor allem, aber nicht nur in den früheren und aktuellen Regierungsstandorten

Schlossareal, Wilhelmstraße und Spreebogen. Von Anfang an war Berlin aber in Deutschland keine allseits geschätzte Hauptstadt. Nach der Wiedervereinigung galt sie im Ausland als heitere, tolerante, höchst attraktive Hauptstadt eines nicht immer gleichermaßen geliebten neuen Deutschlands. Seit den Umzügen der Loveparade und der Verhüllung des Reichstages in den 1990er Jahren wird Berlin auch in Deutschland mehr und mehr geschätzt, nicht nur von jungen Leuten.

Perspektive: Berlin braucht eine aktive Hauptstadtpolitik, die schon bei der Gründung von Groß-Berlin 1920 vernachlässigt worden ist. Der Bund, aber auch die Länder müssen sich stärker als bisher der positiven Signalwirkung ihrer Hauptstadt auf der internationalen und nationalen Bühne bewusstwerden und aktiver sowie verantwortungsvoller Partner der Stadtentwicklung sein. Dazu gehören auch geeignete Räume und Plattformen in der Hauptstadt zur Präsentation von Beispielen einer erfolgreichen Städtebaupolitik nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland.

Institutionelle Reformen

12 Das Verhältnis zwischen den Bezirken und dem Senat optimieren!

Ausgangslage: Schon 1920 war klar: Das im Groß-Berlin-Gesetz gestaltete Verhältnis zwischen den Bezirken und der Hauptverwaltung ist verbesserungsbedürftig. Alle Anstrengungen, diesen Zustand durch räumliche Zusammenfassung und strukturelle Veränderungen zu überwinden, waren letztlich nicht erfolgreich.

Perspektive: In Berlin muss endlich das Verhältnis

11 Den Austausch mit anderen Hauptstädten und Metropolen intensivieren!

Ausgangslage: Städtebau lebt und profitiert vom internationalen Austausch der Erfahrungen. Berlin hat darin eine lange Tradition. Das zeigten neben den vielen internationalen Wettbewerben nicht zuletzt die großen Ausstellungen: die „Allgemeine Städtebau-Ausstellung in Berlin“ 1910, die „Deutsche Bauausstellung Berlin“ 1931, die „Interbau“ 1957 und die „IBA“ 1984/87.

Perspektive: Wir brauchen neuen Schwung im internationalen Austausch und zielgerichtete Kooperationsprojekte. Es ist wichtig, genau zu wissen, wie anderswo Projekte gesteuert, wie die Hauptstraßen der Zukunft, wie vorhandene und neue Wohnquartiere zukunftsfähig gestaltet werden. Wir müssen aus den Erfahrungen anderer Metropolen lernen, wie neue Linien des öffentlichen Schienenverkehrs, neue Parks und neue Zentren dem nachhaltigen Wachstum dienen können. Als Medium des internationalen Austauschs bietet sich eine neue Internationale Bauausstellung (IBA) an.

zwischen Senat und Bezirken sowie die Aufgabenverteilung in den Bezirken geklärt und optimiert werden! Auch auf Senatsebene müssen integrierende Planungsansätze und Umsetzungsstrategien wieder gestärkt und Planungsprozesse beschleunigt werden. Dafür bedarf es einer Änderung der Landesverfassung und einer Verwaltungsreform. Strategische Aufgaben von großräumiger Bedeutung wie die Gestaltung der Hauptzentren, die Gestaltung der Hauptstraßen, Hauptplätze und großen Grünanlagen, die Einbindung von Großprojekten und der Bau größerer Wohnbauquartiere sind der Hauptverwaltung zuzuordnen. Für ein umfassendes Zentrenprogramm in den Bezirken müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

13 Das Verhältnis zwischen Berlin und Brandenburg robust und dauerhaft weiterentwickeln!

Ausgangslage: 1881 trennten sich die Wege: Die Haupt- und Residenzstadt Berlin schied aus dem Kommunalverband der Provinz Brandenburg aus. Das Groß-Berlin-Gesetz von 1920 legte die Schaffung einer Kooperation zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg etwa in Form eines Zweckverbands oder Dachverbands im Wege freiwilliger Vereinbarung nahe. Zu dieser institutionalisierten Kooperation ist es nie gekommen – bis heute. Nach der faktischen Ausschaltung beider räumlicher Körperschaften in der NS-Zeit und der DDR-Zeit scheiterte die Fusion von Berlin und Brandenburg im Jahr 1996. Mit der Bildung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und dem Kommunalen Nachbarschaftsforum e.V. haben sich seit 1996 positive und wirkungsvolle Kooperationen entwickelt. Jedoch bleibt die Landesgrenze eine Hürde gemeinsamer nachhaltiger Entwicklung.

Perspektive: Die Kooperation der Länder, Landesressorts, Landesparlamente und Kommunen über die gemeinsame Landesgrenze hinweg muss schrittweise intensiviert werden. Das erfordert weitere Staatsverträge und einen gemeinsamen Ausschuss der Landesparlamente. Nicht zuletzt ist die kommunale Zusammenarbeit zu Einzelthemen und in Teilräumen wie etwa entlang der Siedlungsachsen zu stärken. Ziel ist eine kontinuierliche und nicht nur auf Einzelfälle bezogene Meinungsbildung und Abstimmung über gemeinsame Leitbilder und Strategien. Hierfür müssen bestehende Plattformen der Kooperation gestärkt und die Schaffung neuer geprüft werden. In die strategische Zusammenarbeit sollten neben den Vertretern der Kommunen und der Länder auch Vertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eingebunden werden. Langfristig muss die Fusion beider Länder wieder in den Blick genommen werden.

14 Demokratische Zusammenarbeit besser justieren!

Ausgangslage: Groß-Berlin war immer eine Hauptstadt des Protests, des Engagements zivilgesellschaftlicher Initiativen. Groß-Berlin selbst war auch das Ergebnis solcher Initiativen. Seit den großen Bürgerprotesten in West-Berlin (beginnend in den 1970er Jahren), in Ost-Berlin und Brandenburg (beginnend in den 1980er Jahren) rückte das Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit allem Nachdruck auf die demokratische Tagesordnung.

Perspektive: Ohne demokratische Plattformen bleibt jedes städtebauliche Programm ohne festen Boden, ohne solche Plattformen können das Verhältnis zwischen Bezirken und Senat sowie die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg keine Kraft entwickeln. Bei allen strategischen Fragen müssen zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Initiativen und Institutionen eingebunden werden. Auf der anderen Seite sind Privatwirtschaft wie Zivilgesellschaft gefordert, sich verantwortungsvoll und konstruktiv einzubringen. Ein gutes Beispiel in Berlin ist der "Runde Tisch Liegenschaftspolitik", bei dem regelmäßig zwischen Zivilgesellschaft, Parlament, Senat und Bezirken wichtige Liegenschaftsvorgänge verhandelt werden. Ein weiteres Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit vieler Akteure ist die mittelfristige Vision „Vision 2030“ zur Gestaltung des Olympiaparks. Ziel ist es, sich im Rahmen solcher Kooperationsprozesse auf strategische Ziele zu verständigen und einen gerechten Ausgleich zwischen lokalen und überlokalen Interessen zu finden, damit parlamentarische Beschlüsse nachhaltig wirken.

Unterzeichnet von:

Prof. Dr. Harald Bodenschatz
Kurator „Unvollendete Metropole“

Tobias Nöfer
Vorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg e.V.

Dr. Christian Strauß
*Leiter der Lenkungsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/
Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumentwicklung
in der Leibniz-Gemeinschaft*

Julia Dahlhaus und Hans-Joachim Paap
*Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher
Architektinnen und Architekten BDA, Landesverband Berlin e.V.*

Reiner Nagel
Bundesstiftung Baukultur

Aljoscha Hofmann
Generalsekretär des Council for European Urbanism Deutschland C.E.U.D. e.V.

Dr. Friedemann Kunst
*Vorsitzender der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Deutschen Akademie
für Städtebau und Landesplanung*

Tim Heide
Vorsitzender des Deutschen Werkbunds Berlin

Dr. Thomas Flierl
Vorsitzender der Hermann-Henselmann-Stiftung

Matthias von Popowski
Geschäftsstelle des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg e.V.

Stefan Richter
Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Zukunft Berlin

Ingolf Berger, Annemarie Schnerrer, Dr. Christian Strauß und Thomas Thurn
*Sprecherinnen und Sprecher der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg
der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.*